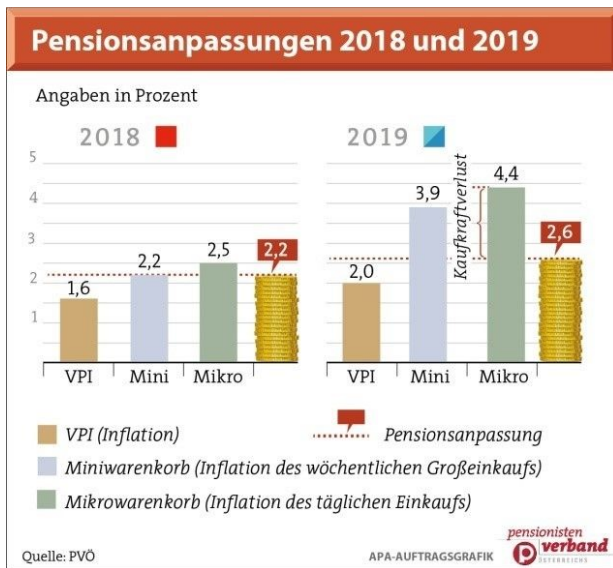


Türkis-Blaues Pensionsdiktat bringt 2019 Kaufkraftverlust!



Franz Poimer



Der Jubel von FPÖ-Vizekanzler Strache und seiner Sozialministerin Hartinger-Klein, es handle sich um die beste Pensionsanpassung seit fünf Jahren, ist billige Schmäh-Propaganda. Die PensionistInnen werden sich im Jahr 2019 weniger leisten können als 2018.

Die Inflation für den Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf) betrug 2018 für die Pensionsanpassung 2,2 % und in diesem Ausmaß wurden die Pensionen auch erhöht. Davon profitierten 1,7 Millionen PensionistInnen mit einer Pension bis 1.500,- Euro.

2019 beträgt die Teuerung für den wöchentlichen Einkauf 3,9 %. Nach türkis/blau werden die Pensionen bis 1.115,- Euro aber nur um 2,6 % angepasst. Das ist ein Kaufkraftverlust von 1,3 % für 1,1 Millionen PensionistInnen. Beim täglichen Einkauf liegt die Inflationsrate bei 4,4 % und der Verlust der Kaufkraft beträgt daher 1,8%!

Verluste auch für alle übrigen PensionistInnen

- ◆ Zwischen € 1.115,- und € 1.500,- soll die Erhöhung von 2,6 % auf 2,0 % eingeschliffen werden.
- ◆ Von € 1.500,- bis € 3.402,- wird nur mehr die allgemeine Inflation von 2,0 % abgegolten.
- ◆ Über € 3.402,- (ASVG-Höchstpension) soll es einen monatlichen Fixbetrag von € 68,- geben.



Laut Statistik Austria geben PensionistInnen rund 60% ihres Einkommens für Lebensmittel, Energie, Miete, Gesundheit und Mobilität aus. Bei einer 1.500,- Euro-Pension sind das etwa 900,- Euro.

Regierung diktiert und verhandelt nicht

Ohne mit den Pensionistenvertretungen zu verhandeln, hat die türkis/blau Regierung die Pensionsanpassung für 2019 selbtherrlich im Ministerrat beschlossen.

„Die Seniorenvertretungen erwarten von der Regierung, dass auch wir PensionistInnen einen gerechten Anteil an der guten Wirtschaftslage bekommen“, erklärte GPF-Bundespensionistenvorsitzender **Ditmar Fürst** bereits am 24. September in einer APA-Presseaussendung.

Nationalrat am Zug

Die vom Ministerrat vorgelegte Pensionsanpassung muss allerdings noch vom Nationalrat beschlossen werden. Wir werden natürlich versuchen möglichst viele Abgeordnete von unseren Argumenten zu überzeugen um Verbesserungen zu erreichen.